

Fraktions-Briefing

Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Dieser Spruch war noch nie so wahr wie in diesen Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. In der letzten Woche wurde der Bundeshaushalt 2025 im Deutschen Bundestag abschließend beraten und mit der Mehrheit der Koalition beschlossen. Damit wird die vorläufige Haushaltsführung 2025 beendet und es wird endlich Planungssicherheit für Bürger und Unternehmen erreicht. Diese Woche steht nun die erste Beratung des Bundeshaushalts 2026 an. Damit steigt der Deutsche Bundestag in die Haushaltsberatungen 2026 ein und wird in den kommenden Wochen Änderungsbedarfe am Regierungsentwurf beraten.

Deutschland voranbringen - 1. Lesung des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026

Angesichts der bestehenden massiven sicherheits-, wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen ist ein Verharren im Status quo keine Option. Um Deutschland voranzubringen, steht der Regierungsentwurf 2026 der unionsgeführten Regierung stattdessen ganz im Zeichen von:

1. **Investitionen** für neues und schnelles Wachstum, mehr Beschäftigung und die Modernisierung Deutschlands sowie in die Stärkung der äußeren und inneren Sicherheit durch einen Investitionshochlauf finanziert aus Bundeshaushalt und Sondervermögen;
2. **Strukturenreformen, schnellere Verfahren und weniger Bürokratie** für mehr Wettbewerbsfähigkeit und zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Unternehmen (wichtige Beispiele sind insbesondere der Investitionsbooster, die beschlossene Absenkung der Körperschaftsteuer ab 2028 und Entlastungen bei den Energie- und Stromkosten);
3. **Konsolidierung** des Haushalts: strikter Finanzierungsvorbehalt und Überprüfung aller staatlichen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit. Hierzu sind im Koalitionsvertrag bereits erste Pflöcke eingeschlagen, die nun im weiteren Verfahren umzusetzen sind (wie Personalabbau, Aufgaben- und Ausgabenkritik, Überprüfung bestehender Subventionen).

Nur mit diesem Dreiklang wird es gelingen, den bestehenden innen- und außenpolitischen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, die bestehende haushalterische Schieflage zu beseitigen und Deutschland voranzubringen.

Die Ein- und Ausgaben des Regierungsentwurfs Bundeshaushalt 2026 belaufen sich auf 520,5 Mrd. Euro. Zum Haushaltsausgleich bedarf es einer Nettokreditaufnahme von 89,9 Mrd. Euro. Zusätzlich ermöglicht die Bereichsausnahme nach Art. 109 und 115 GG eine zusätzliche Verschuldung von 54,3 Mrd. Euro. Die geplanten Ausgaben aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sowie aus dem Bundeswehr-Sondervermögen belaufen sich 2026 auf 58,9 Mrd. Euro bzw. 25,5 Mrd. Euro. Mit diesen Mitteln werden keine Haushaltslöcher gestopft, sondern **es wird massiv in die Sicherheit und Zukunft Deutschlands investiert. Ziel ist dabei für mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und sichere Arbeitsplätze zu sorgen.** Insgesamt erreichen die Investitionsausgaben des Bundes 2026 ein Rekordvolumen von 126,7 Mrd. Euro. Daneben sollen **Bürger und Wirtschaft allein 2026 um rund 40 Mrd. Euro**

entlastet werden; zu nennen sind hier insb. der beschlossene Investitionsbooster und die vielfältigen Maßnahmen zur Senkung der Energie- und Stromkosten. Zudem stellt der Bund auch Ländern und Kommunen umfangreiche Mittel zur Verfügung, damit auch sie notwendige Investitionen für Bürger und Wirtschaft tätigen können.

Mit all dem soll die Basis für mehr Wachstum und Gerechtigkeit in unserem Land gelegt werden. In diesem Lichte werden auch die weiteren parlamentarischen Beratungen erfolgen. Dabei ist unvermeidlich, es braucht eine klare Prioritätensetzung, die haushalterischen Vorgaben des Koalitionsvertrages sind einzuhalten (insb. Konsolidierungserfordernisse sowie Einsparvorgaben und Finanzierungsvorbehalt).

Finanzierung Verkehrsinfrastruktur

Die Koalition hat mit dem Beschluss zum ‚Sondervermögen Infrastruktur‘ den Weg für umfangreiche Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur geebnet.

Mit dem Haushaltsentwurf 2026 ist noch nicht ausreichend sichergestellt, dass alle bereits baureifen Straßenneubauprojekte auch umgesetzt werden können. Wir werden das parlamentarische Verfahren nutzen, um hier Anpassungen vorzunehmen. Wir sind uns in der Koalition einig - alles, **was bei Straße und Schiene baureif ist und in den nächsten Jahren baureif wird, muss auch finanziert werden können.**

Genau das werden wir in den Haushaltsberatungen in den kommenden Wochen sicherstellen und befinden uns bereits mit Hochdruck in Verhandlungen, damit fertig geplante Projekte auch realisiert werden.

Zitate der Woche:

Jens Spahn:

„Das von uns zum Start aufgesetzte Sofortprogramm ist nahezu umgesetzt: Bauturbo, Investitionsbooster, Verfahrensbeschleunigung, Unternehmensteuersenkung, die Senkung der Energiekosten zum 1. Januar, Pendlerpauschale, Agrardiesel, bis hin zu den notwendigen Veränderungen in der Migrationspolitik. Wir haben inhaltlich gerungen. Wir haben gemeinsam entschieden.“

„Wachstum und Innovation machen unser Leben besser“;

„Gute Sozialpolitik ist der Schlüssel gegen die Extreme.“

Alexander Hoffmann:

„Die Deutschen sehen in Russland eine Gefahr. Die AfD sieht in Russland einen Partner.“

„Dieser Haushalt ist eine Investitionsoffensive.“